

Medieninformation

Düsseldorf, 27. März 2023

Politische Patenschaften: Landtag baut „Demokratie-Brücken“

Iran, Russland, Libyen – In zahlreichen Ländern der Welt riskieren Menschen viel, wenn sie für ihre Rechte, Freiheit und Demokratie kämpfen. Sie sind bedroht von Verfolgung und Inhaftierung. Mit dem Programm „Demokratie-Brücken“ können Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen politische Patenschaften für gefährdete Kolleginnen und Kollegen sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger übernehmen. Dies hat das Präsidium jetzt beschlossen. Der Landtag unterstützt das Programm und koordiniert das Vorgehen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist das erste deutsche Landesparlament, das ein solches Patenschafts-Programm anbietet.

Mit den „Demokratie-Brücken“ erweitert das Parlament sein internationales Engagement und übernimmt Verantwortung für den internationalen Austausch, das interkulturelle Miteinander und den Kampf für Menschen- und Bürgerrechte. Mit politischen Patenschaften setzen sich die Mitglieder des Landtags auf regionaler Ebene für Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern im Ausland ein, die in ihren Ländern oft unter schwierigsten politischen Verhältnissen für die parlamentarische Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eintreten.

„Die Schicksale der betroffenen Kolleginnen und Kollegen in vielen Ländern verdeutlichen, dass nur demokratische Staaten Frieden, Freiheit und gleiche Rechte für alle gewährleisten. Das Programm ‚Demokratie-Brücken‘ ist ein starkes Zeichen der Solidarität zwischen nordrhein-westfälischen und ausländischen Politikerinnen und Politikern sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern. Der Landtag Nordrhein-Westfalen leistet damit einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte“, sagt der Präsident des Landtags, André Kuper.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz hat im Präsidium das Engagement für „Demokratie-Brücken“ im Landtag angeregt. Sie setzt sich für politisch Verfolgte ein, insbesondere für die Rechte von Frauen und Minderheiten wie etwa im Iran, in der Türkei oder Belarus. „Alle Menschen

sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die Zunahme und das Erstarken von autokratischen Systemen weltweit zeigen uns jedoch, dass wir Demokratinnen und Demokraten mehr denn je in der Pflicht stehen, die universellen Menschenrechte zu verteidigen. Mit den Patenschaften unterstützen wir unsere Kolleginnen und Kollegen und stehen solidarisch an der Seite etwa der mutigen Frauen im Iran und in vielen anderen Regionen dieser Erde. Sie und viele andere kämpfen für Gleichberechtigung, Freiheit und ein Leben in Würde und Selbstbestimmung und riskieren dafür oftmals das eigene Leben. Ihnen allen gilt unsere Solidarität und Unterstützung, denn internationale Aufmerksamkeit schützt.“

Abgeordnete können über die „Demokratie-Brücken“ durch persönlichen Kontakt und Medienarbeit konkrete Menschenrechtseinschränkungen öffentlich machen und Informationen der konsularischen und diplomatischen Vertretungen der jeweiligen Staaten anfragen. Mit ihrem Engagement setzen sich die Mitglieder des Landtags für die freiheitlichen und demokratischen Rechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ein. Die „Demokratie-Brücken“ richten sich insbesondere an Betroffene in jenen Ländern, die in der Arbeit der acht Parlamentariergruppen des Landtags berücksichtigt sind – aber auch darüber hinaus.